Stolz bis zur Pleite

Argentinien steht kurz vor dem Staatsbankrott. Die Regierung will mit Notprogrammen die Ausgaben verringern. Es sei denn, das Volk rebelliert / Von Alexandra Endres

Piquetero ist eigentlich ein harmloses Wort. Streikposten lautet die wörtliche Übersetzung aus dem Spanischen, doch in Argentinien hat der Begriff eine neue Bedeutung bekommen. Hier sind *piqueteros* Arbeitslose und Unterbeschäftigte, die Straßen besetzen, manchmal mit ihren Familien, tage- oder wochenlang. Sie fordern höhere Löhne, staatliche Beschäftigungspläne oder billigere Arzneimittel. Die *piquetes* oder Straßenblockaden sind in einem Land, das seit drei Jahren in der Rezession steckt und mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 16 Prozent zu kämpfen hat, zu einer alltäglichen Form des Protests geworden.

Jetzt stehen der argentinischen Regierung Blockaden und Proteste einer ganz anderen Größenordnung bevor. Der Grund: Anstatt den *piqueteros* und Gewerkschaften entgegenzukommen, plant Präsident Fernando De la Rúa, die Staatsausgaben drastisch zu verringern. Von Juli bis Dezember des laufenden Jahres will er 1,5 Milliarden Dollar einsparen und so das Staatsdefizit auf null senken. „Wir können nicht mehr ausgeben, als wir haben", wiederholt De la Rúa immer wieder.

Die Not ist groß: Argentinien ist nicht in der Lage, neue Kredite aufzunehmen. Weil der Staat gleichzeitig Milliardenschulden bedienen muss und mehr ausgibt, als er einnimmt, steht das Land am Rio de la Plata zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate vor der Zahlungsunfähigkeit. Trotzdem drückte sich die politische Kaste bisher vor strukturellen Reformen, und noch ist nicht absolut sicher, ob das aktuelle Sparprogramm des Präsidenten verwirklicht wird. Die Folgen der Untätigkeit bekämen nicht nur die Argentinier zu spüren – das Land droht zum Ausgangspunkt einer neuen internationalen Finanzkrise zu werden.

Der Grund: Wenn ein Schwellenland strauchelt, strafen die internationalen Finanzmärkte auch alle anderen ab – in Lateinamerika und rund um den Globus. Investoren flüchten mit ihrem Geld und legen es in den vermeintlich stabileren Industrieländern an. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Staaten höhere Zinsen bieten, was Kredite verteuert und damit auch die private Wirtschaft hemmt. Ein Abschwung droht. Wie schnell dieser Mechanismus einsetzt, zeigte sich am vergangenen Montag in der Türkei, als die staatliche Notenbank – auf die argentinische Krise reagierend – die Zinsen erhöhte.

Ohnehin ist die Türkei neben Argentinien schon seit längerem der zweite Krisenherd unter den Schwellenländern. Auch dort machen hohe Schulden – und dazu ein marodes Bankensystem – den Staat fast handlungsunfähig. Nur mithilfe eines Milliardenkredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) kann die Regierung den Versuch unternehmen, die Türkei zu reformieren.

Betroffen sind nicht nur die Finanzmärkte: Auch wer mit Argentinien handelt oder dort Unternehmen aufgebaut hat, leidet unter der Krise. Das merken zurzeit viele Konzerne aus Spanien, die sich in Südamerika engagiert haben und dort einen Großteil ihrer Gewinne erwirtschaften. Aufgrund der Nachrichten aus Argentinien sackten die Kurse der wichtigsten Aktien an der Madrider Börse um mehr als zwei Prozent ab. Auch die Märkte im brasilianischen São Paulo und in Santiago de Chile verzeichneten deutliche Verluste.

Die Schwäche der argentinischen Wirtschaft hat eine tragische Note. Das Land leidet noch immer unter den Folgen der Asienkrise aus dem Jahr 1998. Ihr folgte eine tiefe Rezession, aus der keine Regierung einen Ausweg fand. „Es ist ein Teufelskreis", sagt Federico Thomsen, Direktor der Abteilung Finanzmärkte beim Bankhaus ING Baring in Buenos Aires. „Weil die Wirtschaft nicht wächst, fehlen dem Staat Steuereinnahmen, und er muss Kredite aufnehmen." Die Zinsen steigen, und das Vertrauen von Anlegern und Konsumenten sinkt. Investitionen und Konsum gehen zurück. Die Folge: Die Wirtschaft wächst noch weniger.

Anfang des Jahres half noch der IWF dem klammen Staat mit einem 14-Milliarden-Dollar-Kredit aus der Misere. Hinzu kamen weitere 26 Milliarden Dollar, die unter anderem die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank beschafften. Doch weil die Nothilfe allein die desolate Lage auf Dauer nicht verbessert und die Regierung keine Anstalten machte, den Haushalt von Grund auf zu sanieren, verloren die Finanzmärkte immer mehr das Vertrauen in den Staat.

Die Rezession trifft das ganze Land: Wohnen in La Boca, dem italienischen Stadtteil von Buenos Aires

Foto (M): Stuart Franklin/MAGNUM/Agentur Focus

Investoren fordern Wucherzinsen

„Die Investoren glauben, dass ein Stopp des Schuldendienstes wahrscheinlich ist. Deshalb verlangen sie Wucherzinsen", sagt der US-Ökonom Paul Krugman. Das zeigte sich denn auch am vergangenen Dienstag, als die argentinische Regierung dreimonatige Staatsanleihen an die nationalen Banken ausgab: Nur gegen einen Zinssatz von 14 Prozent, 5 Prozent mehr als einen Monat zuvor, waren die Geldinstitute bereit, die Papiere zu kaufen. Auf dem internationalen Kapitalmarkt sind die Zinsen nicht niedriger, womit klar war: Argentinien würde keine Kredite mehr aufnehmen, um seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Den drohenden Staatsbankrott vor Augen, entwickelten Präsident De la Rúa und sein Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hektisch einen Sparplan, der vor allem Rentner und Angestellte des öffentlichen Dienstes trifft. Deren Gehälter und Renten würden, sofern sie höher als 300 Peso (354 Euro) sind, um 13 Prozent gesenkt. Vorerst. Denn das Ausmaß der Lohn- und Rentenkürzungen soll jeden Monat neu festgelegt werden, abhängig von den Einnahmen. Die Angestellten der Justiz und des Parlaments werden aufgefordert, den gleichen Beitrag zu leisten. Wer einen höheren Funktionärsposten in der Verwaltung innehat, wird monatlich nicht mehr als rund 3700 Peso (4370 Euro) Gehalt beziehen. Was der Präsident für die Zentralbehörden verfügt, sollen die Provinzen nachahmen und ihr Defizit auf null senken.

Langsam scheinen die argentinischen Politiker den Ernst der Lage zu erkennen. Nach langen Verhandlungen am vergangenen Wochenende konnte Präsident De la Rúa die Kritiker in seiner Regierungskoalition Alianza zumindest dazu bewegen, seine Pläne ohne öffentliche Widerrede zu dulden. Selbst Expräsident Raúl Alfonsín, mit seiner Unión Cívica Radical ein politisches Schwergewicht der Alianza, hielt am Ende still. „Die Maßnahmen sind nicht verhandelbar", bekräftigte in der Nacht des vergangenen Sonntags ein angespannter De la Rúa, nachdem er auch das Einverständnis der acht Provinzgouverneure aus der Alianza sicher hatte. Er sei bereit, sein Leben für das Sparpaket zu geben, tönte der Präsident, bevor er sich aufmachte, die letzte politische Hürde zu nehmen: die Provinzgouverneure der oppositionellen Peronisten für sein Sparpaket zu gewinnen – mit Erfolg.

Wenn Argentinien sein Staatsdefizit tatsächlich drastisch verringert, hat die Regierung eine Chance, die akute Krise abzuwenden. Aber damit sich das Land langfristig erholt, braucht es weitere Reformen: Angeblich hinterziehen die Bürger des Landes bis zu 50 Prozent aller Steuern, und im Staatsapparat hocken viele tausend *ñoquis* – benannt nach den italienischen Kartoffelnudeln Gnocchi. Diese *ñoquis* beziehen zwar Monat für Monat ihr Gehalt vom Staat, arbeiten aber nicht. In den Genuss bezahlter Freizeit sind sie meist als Angehörige oder Freunde von Politikern gekommen.

In den nächsten Tagen gilt es erst einmal, die Proteste des Volkes zu überstehen. Die ersten *piquetes* sind bereits errichtet, und die Gewerkschaften haben nach der Verkündung der Sparaktion zum landesweiten Generalstreik aufgerufen.

Nach deutschem Vorbild

In Südafrika stiftet die Idee einer Solidaritätsabgabe große Unruhe unter den Besitzenden / Von Bartholomäus Grill

Solidaritätsabgabe. Ein Wendewort, das man im reicheren Teil Deutschlands nicht mehr so gern hört. Die besser verdienenden Südafrikaner wollen es erst gar nicht in ihr Vokabular aufnehmen. *Solidarity tax* – das klingt nach Klassenkampf und Sozialneid. Erstmals 1994, nach dem Ende der Apartheid, geisterte der Begriff aus Deutschland durch die Gazetten.

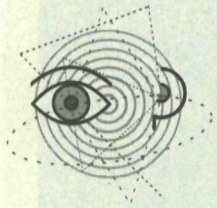
Jetzt taucht er wieder auf und stiftet große Unruhe unter den Besitzenden. Denn der Vorschlag, nachzuholen, was bei der Wende am Kap vor sieben Jahren versäumt wurde, nämlich die Einführung einer Solidaritätssteuer, muss diesmal ernst genommen werden: Er kommt von einem Bündnis von Kirchen, sozialen Organisationen und dem mächtigen Gewerkschaftsdachverband Cosatu, der in Pretoria mitregiert und in regelmäßigen Abständen droht, die Koalition zu sprengen, falls das gewaltige Wohlstandsgefälle im Land nicht eingeebnet wird.

Schwarz bleibt die Farbe der Armut. Die Mehrheit der Südafrikaner wartet immer noch auf die Dividende der Demokratie, auf jenes bessere Leben, das ihnen nach dem Machtwechsel verheißen wurde. 22 von 43 Millionen Bürgern leben in absoluter Armut und müssen nach Schätzungen der Initiative mit weniger als 144 Rand pro Monat – etwa 40 Mark – haushalten. Zum Sterben zu viel, zu wenig zum Leben.

Wer in der Euphorie der Wende noch glaubte, die weiße Ober- und Mittelschicht würde ein bisschen von dem großen Reichtum abgeben, den sie dem Sklavenhaltersystem der Apartheid verdankt, sah sich schon bald ins Reich der Sozialutopisten verwiesen. Die Kluft zwischen Armen und Reichen gehört zu den größten der Welt und ist unterdessen sogar noch größer geworden, nicht zuletzt bedingt durch die Folgekosten einer verheerenden Aids-Pandemie, die inzwischen die ohnehin geringen Einkünfte vieler Familien aufzehrt.

Allein, die Wohlhabenden wollen von den sozialen Realitäten in ihrem Land nichts wissen. Sie wehren sich verbissen gegen alle (zaghaften) Versuche, die Ungleichheit abzumildern. Man klagt gegen erhöhte Grundsteuern, schleust Kapital außer Landes, nennt die drohende Solidaritätsabgabe eine „Neidsteuer". Die Bereitschaft zum Teilen ist geschwunden, und was im kurzen Versöhnungstaumel am Kap vermutlich ebenso klaglos durchzusetzen gewesen wäre wie im vereinigungstrunkenen Deutschland, erscheint den besser Gestellten unterdessen wie ein Zwangsinstrument der Umverteilung. Aber, Hand aufs Herz, wer würde heutzutage noch so freudig und freigebig mit den Brüdern und Schwestern im Osten teilen wie damals, unmittelbar nach dem Fall der Mauer? Südafrikas „beträchtliche Steuerkapazität" werde nicht ausgeschöpft, sagt der Ökonom Michael Samson. Es geht um 100 Rand, läppische 28 Mark, Grundversorgung pro Monat. Sie soll jedem Bürger zukommen, der keine Rente, Arbeitslosenhilfe oder sonstige Unterstützung erhält. Jedem fünften Südafrikaner, der monatlich weniger als 50 Rand für Lebensmittel ausgeben kann. Das sind ungefähr 50 Pfennig pro Tag.

Die verarmten Massen sind mit der Geduld allmählich am Ende. Es brodelt. Die wilden Landbesetzungen, die vorige Woche sogar den Rand in ein Zwischentief stürzten, wirken wie ein Warnsignal: Ohne sozialen Ausgleich ist der innere Frieden bedroht. Aber die Einsicht des südafrikanischen Industriellen und Mäzens Anton Rupert, dass einer nicht ruhig schlafen könne, wenn sein Nachbar hungere, hat sich in den Wohlstandsfestungen der Weißen offenbar noch nicht herumgesprochen.



"Ausgezeichnet werden Beiträge, denen es gelungen ist, logistische Aspekte in aktuellen und originellen Zusammenhängen lebendig darzustellen."

BVL Bundesvereinigung Logistik

Medienpreis Logistik 2002

für Journalistinnen und Journalisten an Rundfunk und Fernsehen

Folgende Preise werden ausgelobt:

1. Preis EUR 5.000
2. Preis EUR 2.500
3. Preis EUR 1.500

Vorsitzender der Jury: **Michael Jungblut, ZDF**

Mitglieder der Jury: Christian Berg, Radio Bremen; Raimund Brichta, n-tv; Dr. Hugo Fiege, Fiege Group; Gerda Meuer, Deutsche Welle

Ausschreibung und weitere Informationen: **www.bvl.de**

Immobilien • Geld und Anlage

Immobilien Inland

Achtung
in einer der schönsten Lagen Europas verkaufen wir (privat) ein Traumgrundstück (ca. 5700 m²) mit Blick zum Mittelmeer und zum „Monte Canigou" in Certe les Hautes/ Südfrankreich. Baugenehmigung liegt vor! Kontakt nur für seriöse Anfragen: 07052/92 47 16, Fax: 07052/92 47 55, E-Mail: guenter.denzer@mg-denzer.de

KAPITALANLAGE: Flachdach-Reihenbungalow, Bj. 68, verkehrsberuhigte Lage in DORTMUND-Hombruch, ca. 230 m² Wfl. (voll renoviert 2000, Dach ebenfalls neu), mit vermieteter Einliegerwhg., Garten ca. 650 m², f. VB 795.000 DM zu verkaufen. Tel. 0231/79 43 56

Timmendorfer Strand
„Ortsteil Niendorf"
Neubau einer kleinen exklusiven Wohnanlage mit Fahrstuhl, 50 m zum Strand z. B.: 2 Zimmer, großzügiger Eckbalkon, 55,00 m² 239 500,– DM
3 Zimmer, großzügiger Eckbalkon, 76,00 m² 323 500,– DM
Alle Preise inkl. Stellplatz. Eigenheimförderung von DM 40 000,– ist möglich. Tel. 0451/3 88-23 23, -15 13 Mobil 0170/4 92 12 99

Romantisches Bamberg
in der historischen Bergstadt
Komfortables EFH, 230 m² Whfl., 2 Terr., Gewölbekeller, kl. Garten, Doppelgarage; DM 1,2 Mio. Info: 0951/2 08 48 48, Mo.–Fr.

Idyl. Mühlengrundstück (1 ha)
direkt am Weinberg, ruhig, teilerschl., im Kurort Bad Sulza, 25 min. n. Jena + Weimar, 29 DM/m². Tel. 034498/2 25 48, E-Mail: Silke-Vogel@t-online.de

Letzte Rettung für traumhaften ostfriesischen Bauernhof?
Nordsee/Ostfriesland. Wunderschöner Gulfhof in einzigartiger Lage sucht Liebhaber zum Restaurieren. Rat + Tat durch
ANNO, Gesellschaft zur Erhaltung ostfriesischer Kultur- u. Baudenkmale e. V.
Tel. und Fax: 04923/99 04 83

Geschäftsverbindungen

GmbH-Mantel mit ca. 340.000,– DM Verlustvortrag zu verkaufen. ZA 14006 DIE ZEIT, 20079 Hamburg

Telefax-Anschluss für die schnelle und sichere Übermittlung Ihrer Anzeigentexte und Gestaltungsvorlagen:
0 40/32 80-4 46 DIE ZEIT

Immobilien Geld und Anlage
Blickpunkt Bundesländer

Anzeigensonderwerbung am 09.08.2001
Anzeigenschluss: 03.08.2001, 10 Uhr
Fordern Sie gern weitere Informationen an:
Tel.: 040/32 80-3 11, Fax: 040/32 80-4 46
DIE ZEIT

Bleiben oder schreiben?

Wenn Sie sich verändern, Ihr Haus verkaufen möchten, machen Sie mit einer Anzeige 1,20 Millionen ZEIT-Leserinnen und Lesern Ihr Angebot.

(MA '2001/I).

DIE ZEIT

Größe 1 • 3 Zeilen
10 mm hoch, 45 mm breit € 64,38 (DM 125,86)
Chiffre-Anzeige: € 75,64 (DM 147,90)

Größe 2 • 4 Zeilen
15 mm hoch, 45 mm breit € 96,57 (DM 188,79)
Chiffre-Anzeige: € 107,83 (DM 210,04)

Größe 3 • 6 Zeilen
20 mm hoch, 45 mm breit € 128,76 (DM 251,72)
Chiffre-Anzeige: € 140,02 (DM 273,76)

Bestellschein
An DIE ZEIT Anzeigenabteilung/ 03/2001
20079 Hamburg, Fax-Nr.: 040/32 80-4 46
Bitte veröffentlichen Sie in der nächsterreichbaren Ausgabe gegen Vorauskasse folgende Immobilienanzeige in der Größe _____
zum Preis von DM _____ (16% MwSt. enthalten)
Einen Verrechnungsscheck über diesen Betrag fügen wir bei bzw. Abbuchung von folgendem Konto:
Konto-Nr. _____
BLZ _____
Bankinstitut _____
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Anzeigentext:
Größe 1 • 3 Zeilen
Größe 2 • 4 Zeilen
Größe 3 • 6 Zeilen

Immobilien Ausland

Bad Ischl/Salzkammergut
Traumferienwohnungen zu verkaufen
Zentral und sehr ruhig
z. B. 85 m² – 3-Zimmer-Whg. mit Wohnküche und W-Balkon, Garagenplatz, keine Maklerprovision, DM 300 000,–
Tel.: 0043/664/4 53 74 68
E-Mail: robin@lodenfrey.de

CÔTE D'AZUR und MONACO
400 exklusive Objekte + Infos aktuell unter
www.riviera-domicile.com
T. + 49 - 211 - 498 50 29 F. - 498 50 27

Provenzialische Luxusvilla mit Meerblick bei Cassis, toprenoviert (Versace), alle Extras inkl. Yachtplatz. Preis 9,2 Mill. Euro. www.blueHOMES.de (Fotos/Obj. Nr. bH0008), Tel. 089/76 77 36 32, Fax 74 79 23 71

Verkaufe Gruppen- + Bauernhaus, CH, 40 km ab Basel, 850 m², Stallungen, Wiese, komf. renov., Sauna, 2 Kamine. 0041/5 22 32 49 36